

1919-1939:

FRANKREICHS SICHERHEIT DURCH HEGEMONIE?

ROLAND HÖHNE || Seit der Niederlage von 1870/71 und der Gründung des Deutschen Reiches fühlten sich die Franzosen von Deutschland bedroht. Grundlage dafür bildeten das negative Deutschlandbild und die wachsende wirtschaftliche und militärische Macht des östlichen Nachbarn.

DIE TRADITIONEN DER FRANZÖSISCHEN AUßENPOLITIK

Aus der Sicht der französischen Eliten, insbesondere der publizistischen, waren die Deutschen brutal, aggressiv, militaristisch, nationalistisch und treulos. Aufgrund ihres Volkscharakters, ihrer numerischen, wirtschaftlichen und militärischen Stärke bildeten sie eine tödliche Gefahr, vor der sich Frankreich nur durch die Optimierung seiner militärischen Kräfte und durch Bündnisse schützen könne.¹ Neben dem sich daraus ergebenden Streben nach Sicherheit behauptete sich jedoch das Streben nach europäischer Vorherrschaft. Es speiste sich aus einem Geschichtsbild, das sich an französischer Macht und Größe seit Ludwig XIV. orientierte. Beide Traditionen haben die französische Deutschland- und Europapolitik in der Zwischenkriegszeit stark beeinflusst.

DIE ORGANISATION DER SICHERHEIT

Bei der Organisation seiner Sicherheit nach dem I. Weltkrieg rechnete Frankreich zunächst mit der weiteren Unterstützung seiner Kriegsverbündeten, insbesondere Großbritanniens. Es strebte daher den Abschluss eines französisch-britischen Sicherheits- und Garantiepaktes an. Die Briten waren jedoch dazu nicht bereit, weil sie sich nicht an die französische Nachkriegspolitik binden wollten.² Frankreich zählte ursprünglich auch auf die USA. Diese hatten bei den Friedensverhandlungen eine wichtige Rolle

gespielt, den Versailler Vertrag aber nicht ratifiziert.³ Sie waren zwar grundsätzlich an der Wahrung der europäischen Nachkriegsordnung interessiert, wollten sich jedoch nicht für diese aktiv engagieren. Sie zogen ihre Truppen aus Europa zurück und traten dem Völkerbund nicht bei.

Frankreich sah sich daher gezwungen, seine Sicherheit mit eigenen Mitteln zu organisieren. Es tat dies, indem es weiterhin umfangreiche Streitkräfte unterhielt, seinen Rüstungsvorsprung gegenüber Deutschland wahrte und sich um den Abschluss von Bündnissen in Ostmitteleuropa bemühte. Es rechtfertigte diese Politik mit sicherheitspolitischen Argumenten. Frankreichs Streitkräfte mussten in der Lage sein, Deutschland durch die Drohung oder die Anwendung von Gewalt zur Erfüllung des Friedensvertrages zu zwingen und, falls dies nicht gelinge, einen eventuellen deutschen Angriff bereits an der Grenze abwehren zu können. Die militärische Situation vom Spätsommer 1914 dürfe sich nicht wiederholen, da Frankreich diesmal nicht mit einem russischen Entlastungsangriff rechnen könne und eine erneute britische Intervention ungewiss sei.

Die französische Führung vertraute jedoch nicht nur militärischer Macht, sondern suchte Frankreichs Sicherheit auch durch wirtschaftliche Stärke abzusichern. Diese betrachtete es sowohl zum Unterhalt eines glaubwürdigen Drohpotentials als auch für die wirtschaftliche,

speziell finanzielle Durchdringung Ostmitteleuropas für erforderlich. Man war sich der Diskrepanz zwischen dem französischen und dem deutschen Wirtschaftspotential durchaus bewusst. Deshalb strebte man im Westen die wirtschaftliche Anbindung des Saargebietes und des Rheinlandes an Frankreich sowie den Abschluss von Handelsabkommen mit den ostmitteleuropäischen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie und des Zarenreiches an. Die französische Diplomatie konnte sich dabei auf die Interessen einflussreicher Wirtschaftskreise stützen. Die Finanz- und Handelspolitik der USA und Großbritanniens gegenüber Deutschland betrachtete sie als gefährlich, da sie den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands förderte, der in Paris als potentielle Bedrohung galt.

Eine zentrale Rolle in diesem Sicherheitskonzept spielte die Reparationspolitik. Deutsche Reparationen sollten die strukturelle Schwäche der französischen Wirtschaft – insbesondere die unzureichende Energiebasis der Schwerindustrie (Koks, Kohle) – ausgleichen, zum Aufbau der zerstörten Gebiete beitragen, die Rückzahlung der interalliierten Kriegsschulden an Großbritannien und die USA erleichtern, die Steuerlast der französischen Bevölkerung mindern und die wirtschaftliche Erholung des besiegten Gegners verlangsamen. Die Reparationen hatten somit eine außen- und sicherheitspolitische und auch eine innergesellschaftliche Funktion. Das verbindende Element bildete die Finanzpolitik.⁴

Frankreich bemühte sich darum, seine Sicherheit auch durch Bündnisse im Osten abzusichern. Da Russland infolge von Revolution und Bürgerkrieg als Bündnispartner entfiel, suchte es die ostmitteleuropäischen Staaten nicht nur politisch, sondern auch militärisch, wirtschaftlich und kulturell eng an sich zu binden. Diese sollten eine deutsche Ostexpansion verhindern und zusätzlich das sowjetische Russland als „cordon sanitaire“ von Europa fernhalten. Es begründete diese Bestrebungen sowohl mit geopolitischen als auch mit historischen Argumenten. Deutschland werde zunächst versuchen, die Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa zu revidieren, um dieses seiner Kontrolle zu unterwerfen. Es folge damit den traditionellen Linien seiner Ostexpansion. Um die daraus für

Frankreich resultierenden Gefahren zu bannen, hätten sich schon die französischen Könige seit Franz I. (1515-1547) bemüht, das „europäische Gleichgewicht“ durch „östliche Gegengewichte“ zu erhalten. Die Aufgabe dieser Politik durch Napoleon III. habe 1866 zum preußischen Sieg über Österreich geführt, dessen Folge die französische Niederlage von 1870/71 gewesen sei. Von Sadowa (Königgrätz) habe ein direkter Weg nach Sedan geführt. Wenngleich diese Kontinuitäts- bzw. Kausalkette wissenschaftlich nicht haltbar war, so trug sie doch erheblich zur Legitimation der französischen Ostmitteleuropapolitik bei und verschaffte ihr die notwendige innenpolitische Unterstützung.

Mit dem wichtigsten ostmitteleuropäischen Nachkriegsstaat, Polen, schloss Frankreich bereits im Februar 1921 umfangreiche Wirtschaftsverträge, die im Februar 1922 in Kraft traten, sowie eine geheime Militärkonvention. Die einzelnen wirtschaftlichen und militärischen Abmachungen wurden dann 1924 durch ein offizielles Bündnis vertraglich abgesichert. Dadurch gewann Frankreich ein beachtliches östliches „Gegengewicht“ gegen Deutschland, das jedoch Russland in keiner Weise ersetzen konnte. Polen besaß weder dessen Einwohnerzahl noch dessen Ressourcenreichtum und strategische Tiefe. Außerdem hatte es mit zahlreichen inneren, insbesondere ethnischen und sozialen Problemen zu kämpfen und war mit all seinen Nachbarn wegen territorialer Konflikte verfeindet. Als dessen Bündnispartner wurde Frankreich besonders mit den äußeren Problemen belastet.⁵ Dies komplizierte nicht nur sein Verhältnis zu Deutschland, sondern auch zur Sowjetunion und zur Tschechoslowakei.

Letztere besaß eine strategische Schlüsselstellung für den Donaauraum. Als Ersatz für die zerbrochene Habsburgmonarchie plante die französische Diplomatie zunächst die Schaffung einer Donaukonföderation mit Ungarn als Kern. Dieser Plan scheiterte jedoch am Widerstand der ungarischen Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, die sich vor dem ungarischen Revisionismus fürchteten.⁶ Auf Betreiben des tschechischen Außenministers Benesch schlossen sich diese stattdessen in den Jahren 1920/21 durch bilaterale Bündnisse in der „Kleinen Entente“ zusammen. Diese war

primär gegen Ungarn gerichtet und sollte insgesamt eine Restauration der Habsburgermonarchie verhindern. Frankreich intensivierte daraufhin seine bilateralen Beziehungen zu deren Mitgliedern und bemühte sich, deren Interessenkonflikte zu schlichten und ihr Verhältnis zu Polen zu verbessern.

1924 schloss es einen politischen Pakt mit der Tschechoslowakei, der sich gegen Deutschland richtete, aber auf tschechoslowakisches Drängen keine Militärkonvention enthielt. Prag strebte zwar französischen Beistand gegen einen eventuellen deutschen Angriff an, wollte sich jedoch nicht wie Polen zu eng an Frankreich binden, um seine Beziehungen zu Großbritannien nicht zu belasten, auf dessen Finanzhilfe es angewiesen war.⁷ Mit Rumänien und Jugoslawien schloss Frankreich zwar keine Militärbündnisse, wohl aber Handelsverträge und Finanzabkommen. Mit Rücksicht auf die prekäre Finanzsituation weigerten sich jedoch die französischen Parlamentarier, die notwendigen Kredite zu bewilligen. Die Beziehungen zu beiden Ländern wurden daher nicht so eng wie zu Polen und, mit Abstand, zur Tschechoslowakei.

Als Ergänzung seiner Beziehungen zur „Kleinen Entente“ suchte Frankreich auch die Unabhängigkeit Österreichs zu stärken, um dessen Anschluss an das Deutsche Reich zu verhindern. So knüpfte es finanzielle Hilfen an die Bedingung, dass Österreich seine Unabhängigkeit gegen alle Anschlussbestrebungen verteidigen werde. Langfristig strebte es so die Schaffung eines mitteleuropäischen Sicherheitssystems an, das die ursprüngliche Funktion der Habsburgermonarchie als „Gegengewicht“ zu Deutschland übernehmen sollte. Infolge der unterschiedlichen Interessenlagen bzw. Interesseninterpretationen der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie ist dies jedoch nicht gelungen.

Frankreichs Bemühungen um die Einbeziehung Jugoslawiens in sein kontinentaleuropäisches Sicherheitssystem belasteten erheblich seine Beziehungen zu Italien. Rom engagierte sich zwar grundsätzlich wie Frankreich für die Wahrung der Nachkriegsordnung, wollte jedoch diese auf dem Balkan zu seinen Gunsten verändern. Es rivalisierte daher mit Frankreich bei der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung dieser Region.⁸

Die Bilanz der französischen Bemühungen um die Schaffung eines kontinentaleuropäischen Sicherheitssystems unter französischer Führung in den ersten Nachkriegsjahren war zwiespältig. Einerseits gelang es Paris, die Länder der Kleinen Entente sowie Polen eng an sich zu binden und die österreichische Selbständigkeit zu stärken. Frankreich wurde so zur Vormacht auf dem europäischen Kontinent. Andererseits fehlten ihm aber die Mittel, um diese Länder auch wirtschaftlich und finanziell zu durchdringen und sie so von sich abhängig zu machen. Ferner belastete es sich mit den vielfältigen Problemen dieser Region. Dadurch vertiefte es nicht nur den Gegensatz zu Deutschland, sondern auch zur Sowjetunion und komplizierte sein Verhältnis zu Italien und zu Großbritannien.

Nach dem Scheitern der Ruhrbesetzung (1923) ging es ihm daher nicht mehr um die Schaffung eines unter französischer Führung stehenden europäischen Kontinentalsystems, sondern um die Stärkung der Beziehungen zu den einzelnen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten, insbesondere zu Polen und der „Kleinen Entente“ sowie um die Beilegung ihrer zahlreichen bilateralen Konflikte. Die Funktionsfähigkeit dieser Bündnisse hing im hohen Maße von seiner Handlungsfähigkeit und seinem Handlungswillen ab.

SANKTIONSPOLITIK

Als sich Anfang 1921 deutsche Reparationslieferungen leicht verzögerten, besetzten französische und belgische Truppen am 8. März 1921 Duisburg und Düsseldorf. Damit gewannen sie eine strategisch günstige Ausgangsposition für eine Besetzung des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Bei dieser Operation wurde Frankreich von Großbritannien unterstützt. Gemeinsam stellten sie Deutschland am 5. Mai 1921 ein Ultimatum, mit dem sie dieses zur Einhaltung eines Zeitplanes für die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark zwingen wollten. Dies führte gemeinsam mit der pro-polnischen Haltung Frankreichs in Oberschlesien⁹ zu einer deutschen Versteifung in der Reparationsfrage sowie zur Deutschlands Annäherung an die Sowjetunion durch den Abschluss des Rapallo-Vertrages am 16. April 1922.

Die von Raymond Poincaré geführte französische Regierung reagierte auf die Umorientierung der deutschen Außenpolitik im Januar 1923 mit der Besetzung des Ruhrgebietes gemeinsam mit Belgien.¹⁰ Als Vorwand diente eine erneute Verzögerung der deutschen Reparationsleistungen. Offiziell wollte daher Frankreich durch die Kontrolle der dortigen Kohle- und Koksproduktion als „produktiver Pfänder“ die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen erzwingen. In Wirklichkeit aber ging es Poincaré um eine Machtdemonstration gegenüber Deutschland, um dieses zur Abkehr von der Sowjetunion zu veranlassen. Außerdem wollte er eine „rheinische Entität“ unter französischer Kontrolle schaffen, etwa durch einen Sonderstatus des Rheinlandes analog dem des Saargebietes. Es würde zwar formal weiterhin zum Deutschen Reich gehören, aber wirtschaftlich eng an Frankreich angebunden sein. Im Gegensatz zu 1921 unterstützten diesmal Großbritannien und die USA nicht die französische Sanktionspolitik.¹¹

Deutschland reagierte auf die französische Ruhrbesetzung mit passivem Widerstand: Es stellte die Reparationsleistungen an die beiden Besatzungsmächte ein, Industrie, Verwaltung und Verkehr wurden teilweise durch Generalstreiks lahmgelegt, Behörden und Betriebe weigerten sich häufig, die Anordnungen der Besatzungsmächte auszuführen. Diese antworteten darauf mit Strafen und Strafmaßnahmen und übernahmen die Eintreibung von Reparationen teilweise selbst. Finanziell war die Ruhrbesetzung trotzdem ein Verlustgeschäft. Aber auch Deutschland litt unter den finanziellen Folgen des passiven Widerstandes. Da es die Löhne von etwa zwei Millionen Arbeitern des Ruhrgebietes weiterzahlte, sah es sich gezwungen, neues Geld zu drucken und heizte so die Inflation an. Produktionsausfälle verschärften die Wirtschaftskrise, geringere Steuereinnahmen belasteten den Haushalt. Der neue Reichskanzler Gustav Stresemann brach deshalb am 26. September 1923 den passiven Widerstand ab und bot Frankreich Verhandlungen an. Poincaré lehnte diese ebenso ab wie britische Vermittlungsvorschläge.¹² Da Frankreich jedoch Anfang 1924 in eine schwere Finanzkrise geriet, die es aus eigener Kraft nicht überwinden konnte,

musste es einer von den USA betriebenen internationalen Neuregelung der Reparations- und Kriegsschuldentilgung durch den Dawes-Plan zustimmen. Entsprechend diesem Abkommen räumte es 1925 die Ruhr, verblieb aber im Rheinland. Es hatte damit seine Ziele nur teilweise erreicht. Es erhielt zwar wieder deutsche Reparationsleistungen, war aber nun finanzpolitisch auf die USA angewiesen. Diese engagierten sich finanziell wieder stark in Europa und ermöglichten so den wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands. Die Politik der Sicherheit durch Sanktionen war gescheitert.¹³

VERSTÄNDIGUNGSPOLITIK

Als Alternative zur Sanktionspolitik suchte das Cartel des Gauches, das 1924 die Wahlen zur Nationalversammlung gewonnen hatte, zunächst unter Edouard Herriot, ab 1925 unter der Federführung seines Außenministers Aristide Briand eine Verständigung mit Deutschland.¹⁴ Das Ergebnis dieser Bemühungen waren die Verträge von Locarno (1925).¹⁵ An ihrer Ausarbeitung nahmen neben Frankreich und Deutschland auch Großbritannien, Italien, Belgien, zeitweise Polen und die Tschechoslowakei teil. Ihren Kern bildeten der Garantiepakt zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich sowie Belgien. Deutschland erkannte mit diesem die im Versailler Vertrag festgelegte Westgrenze an, die von Großbritannien und Italien garantiert wurde. Im Falle eines deutschen Angriffs auf Belgien und / oder Frankreich (wie 1914) oder aber einer Invasion Deutschlands durch belgische und / oder französische Truppen (wie 1923) würden die Garantiemächte zugunsten des Angegriffenen militärisch intervenieren.

Mit Polen und der Tschechoslowakei schloss Deutschland lediglich Schiedsverträge, da es die im Versailler Vertrag gezogene deutsche Ostgrenze nicht anerkannte. Als Ausgleich sicherte Frankreich in gesonderten Verträgen seinen beiden östlichen Verbündeten für den Fall eines deutschen Angriffes militärische Hilfe zu. Großbritannien lehnte dagegen eine vertragliche Garantie des territorialen Status quo in Ostmitteleuropa ab. So entstanden zwei unterschiedliche Sicherheitszonen in Europa, wodurch die französischen Bündnisverträge mit den ostmitteleuropäischen Verbündeten, insbesondere Polen,

entwertet wurden. Durch den geplanten Beitritt Deutschlands zum Völkerbund sollten jedoch beide europäischen Sicherheitszonen miteinander verflochten werden.¹⁶

Die Bereitschaft Frankreichs zu einer partiellen Verständigung mit Deutschland in der Sicherheitsfrage beruhte auf der Erkenntnis, dass die Sanktionspolitik die französischen Mittel, insbesondere die finanziellen, weit überforderte und dadurch die finanzielle Abhängigkeit von Großbritannien und den USA erhöhte sowie die innenpolitische Stabilität gefährdete. Weitere Motive bildeten der wachsende Pazifismus sowie die Wehrunwilligkeit in der Bevölkerung und die Notwendigkeit, mit Deutschland über die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu verhandeln. Im Versailler Vertrag hatte Deutschland den Siegermächten die einseitige Meistbegünstigung einräumen müssen. Mit dem Auslaufen dieser Verpflichtung am 10. Januar 1925 erhielt es seine handelspolitische Souveränität zurück und konnte nun wieder selbst über seine Handelspolitik bestimmen. Daraus ergaben sich vielfältige Probleme für französische bzw. französisch kontrollierte Unternehmen, so vor allem im Elsass, in Lothringen sowie im Saargebiet. Dortige Wirtschaftskreise drängten daher auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland.

Die Verständigungspolitik führte durch die Locarno-Verträge zu einer gewissen Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen und zu einer begrenzten Revision des Versailler Vertrages. So wurde die direkte alliierte Kontrolle der deutschen Abrüstung durch eine lockerere Kontrolle des Völkerbundes ersetzt, die bereits der Weimarer Republik in späteren Jahren eine geheime Aufrüstung ermöglichte. Belgier und Franzosen räumten die nördliche Besatzungszone und vereinbarten eine vorzeitige Räumung der verbleibenden Besatzungsgebiete. Im Schutze der Verträge ging Frankreich unter innergesellschaftlichem Druck zu einer Defensivstrategie über, die zu einer Reorganisation seiner Streitkräfte und zum Bau der Maginotlinie führte. Theoretisch blieb die Möglichkeit einer französischen Intervention im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts bestehen, wurde aber unwahrscheinlich. Das bedeutete eine Entwertung des französisch-polnischen Paktes.

Deutschland musste jedoch weiterhin Reparationen zahlen und die territoriale Nachkriegsordnung respektieren. Deutsche Versuche, die von Belgien annektierten Gebiete von Eupen / Malmédy zurückzukaufen, scheiterten am französischen Einspruch. Auch das Anschlussverbot Österreichs an das Deutsche Reich blieb bestehen. Als beide in der Weltwirtschaftskrise eine Zollunion planten, erklärte Briand: „L'Anschluss c'est la guerre“. Die Locarnoära war daher de facto schon vor der NS-Machtergreifung zu Ende. Hitler brach definitiv mit ihr, indem er aus dem Völkerbund austrat, die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte und im März 1936 die entmilitarisierte Rheinlandzone besetzte.

Frankreich protestierte zwar jedes Mal, intervenierte aber nicht. Doch es suchte eine engere Zusammenarbeit mit Großbritannien, Italien und der Sowjetunion. Es folgte damit dem Muster seiner Vorkriegsdiplomatie. Da Großbritannien jedoch einen partiellen Ausgleich mit Deutschland suchte, folgte es seit 1936 dessen Appeasementpolitik. Diese führte 1938 zum Münchner Abkommen, welches das Ende einer eigenständigen Deutschlandpolitik Frankreichs bedeutete. Nach dem deutschen Angriff auf Polen schloss es sich der britischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich an. Seine Deutschlandpolitik der Zwischenkriegszeit war definitiv gescheitert. Streben nach Sicherheit oder nach Hegemonie?

Frankreich begründete seine Deutschland- und Europapolitik der Zwischenkriegszeit stets mit seinem Sicherheitsinteresse. Dieses erfordere zum Ausgleich der potentiellen Überlegenheit Deutschlands eigene Stärke, eine integrale Verteidigung der europäischen Nachkriegsordnung, die Begrenzung der deutschen Machtentfaltung und Bündnisse. Da die Kriegsallianz nach den Friedensschlüssen zerfiel, sei die enge Kooperation mit den ostmittel- und südosteuropäischen Nachfolgestaaten unerlässlich gewesen. Die Kritiker der französischen Sicherheitspolitik in Deutschland, aber auch in den Vereinigten Staaten und teilweise in Großbritannien bezeichneten das französische Streben nach optimaler Sicherheit nur als Vorwand für das Streben nach kontinentaleuropäischer Hegemonie.¹⁷

Wer hat recht? Es ist zweifellos richtig, dass Deutschland auch nach dem I. Weltkrieg Frankreich potentiell überlegen blieb. Aber resultierte daraus bereits eine potentielle Bedrohung oder ergab sich diese erst aus der französischen Sanktionspolitik? Aus der Rückschau von fast 100 Jahren spricht vieles für die zweite These. Verantwortlich war dafür neben dem negativen Deutschlandbild vor allem das Denken der Machtelite in machtpolitischen Kategorien. Nach diesen war ein Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland unvermeidlich, wenn Frankreich ihn nicht rechtzeitig verhinderte. Über die Wege, wie dies geschehen sollte, war sich die Machtelite allerdings nicht einig. Die nationale Rechte und rechte Mitte bevorzugte unter Poincaré in den Jahren 1919-1924 Sicherheit durch Vormacht, die linke Mitte und gemäßigte Linke unter Briand Sicherheit durch Verständigung. Aber auch Briand war nicht bereit, substantielle Konzessionen an Deutschland zu machen, welche die unerlässliche Voraussetzung für eine dauerhafte Verständigung bildeten. So blieb seine Politik auf eine Teilverständigung im Westen beschränkt. Die dringend notwendige Verständigung im Osten erfolgte nicht.¹⁸ Frankreich besaß aber nicht die Mittel, Deutschland dauerhaft zur integralen Respektierung der Nachkriegsordnung zu zwingen. Das Scheitern der französischen Sicherheitspolitik war daher vorprogrammiert.

|| PROF. DR. ROLAND HÖHNE

emeritierter Professor für Landeswissenschaft
Romanistik, Fachgebiet Geschichte / Politik,
Universität Kassel

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Digeon, Claude: *La crise allemande de la pensée française (1870-1914)*, Paris 1959.
- ² Vgl. Kleine-Ahlbrandt, William Laird: *The burden of victory: France, Britain, and the enforcement of the Versailles peace 1919-1925*, Lanham, Md. u. a. 1995.
- ³ Der Senat verweigerte seine Zustimmung. Im Washingtoner Abkommen mit Deutschland von 1920 sicherten die USA jedoch ihre Interessen.
- ⁴ Vgl. Wurm, Clemens A.: *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926*, Frankfurt a. M. 1979.
- ⁵ Le Goyet, Pierre: *France – Pologne 1919-1939: de l'amitié romantique à la méfiance réciproque*, Paris 1991.
- ⁶ Durch den Friedensschluss von Trianon (1920) hatte Ungarn zwei Drittel seines Territoriums und ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Es musste das ehemalige „Oberungarn“ (die Slowakei) in der neugegründeten Tschechoslowakei aufgehen lassen, Siebenbürgen an Rumänien, die Voivodina und Kroatien dem Königreich Jugoslawien überlassen.
- ⁷ Statt einer Militärkonvention vereinbarten beide Länder den Austausch von zwei „interpretierenden Briefen“, die die Ausarbeitung von Plänen für eine eventuell gemeinsame Verteidigung vorsahen. Dies konnte jedoch die geplante Militärkonvention nicht ersetzen.
- ⁸ Vgl. Le Mual, Frédéric: *La France et l'Italie dans les Balkans 1914-1919: le contentieux adriatique*, Paris 2006.
- ⁹ Dort hatte am 20.3.1921 eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit stattgefunden, bei der sich 59,04 Prozent für den Verbleib bei Deutschland, 40,6 Prozent für den Anschluss an Polen aussprachen. Daraufhin erfolgte auf französisches Betreiben eine Aufteilung der Region zwischen beiden Ländern.
- ¹⁰ Geplant war sie bereits im November 1922; vgl. Zimmermann, Ludwig: *Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan*, hrsg. von Walter Peter Fuchs, Göttingen 1971; Krumeich, Gerd / Schröder, Joachim (Hrsg.): *Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004.
- ¹¹ Zur britischen Haltung vgl. O'Riordan, Elspeth Y.: *Britain and the Ruhr crisis*, Basingstoke u. a. 2001.
- ¹² Vgl. *Documents diplomatiques français 1923*, Bd. 2 (1.7.-31.12.), Ministère des Affaires étrangères, Paris, Commission des Archives diplomatiques – Direction des Archives, hrsg. von Christian Baechler, Brüssel u. a. 2013.
- ¹³ Vgl. Jeanesson, Stanislas: *Poincaré, la France et la Ruhr 1922-1924. Histoire d'une occupation*, Straßburg 1998.
- ¹⁴ Siebert, Ferdinand: *Aristide Briand 1862-1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa*. Zürich 1973; Schulz, Matthias: *Aristide Briand (1862-1932)*, in: *Europäische Geschichte Online*, hrsg. vom Institut für Europäische Geschichte, Mainz 2010.
- ¹⁵ Jacobson, Jan: *Locarno diplomacy. Germany and the West 1925-1929*, Princeton, N.J. 1972.
- ¹⁶ Keeton, Edward D.: *Briand's Locarno Diplomacy. French Economics, Politics, and Diplomacy 1925-1929*, New York, 2. Aufl., 1987.
- ¹⁷ Vgl. Zimmerman: *Frankreichs Ruhrpolitik*.
- ¹⁸ Schattkowsky, Ralph (Hrsg.): *Locarno und Osteuropa: Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er-Jahren*, Marburg 1994.